

Berlin, 24.07.2020

Bericht Nr. 04/2020: Zusammenfassung zum Bericht der EUD zur Corona-Situation bei den Gehörlosen in Europa

Der EUD hat am 10. Juli seinen „*Report on EUD consultative regional meetings with the National Associations of the Deaf in Europe in the context of COVID-19 pandemic*“ (engl.: Bericht über das Treffen der nationalen Gehörlosenverbände im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie) vorgelegt. Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass Gehörlose als Angehörige sowohl der Gruppe der Menschen mit Behinderungen als auch der sprachlichen Minderheiten besonders von der Pandemie betroffen sind.

In vier nach den Himmelsrichtungen aufgeteilten Online-Sitzungen wurden die Informationen über die Lage in den einzelnen Staaten am 20., 22., 27. und 28. Mai 2020 zusammengetragen. Beteiligt waren 31 nationale Gehörlosenverbände (National Association of the Deaf, NAD) aus europäischen Staaten. Dabei ist der 65-seitige Bericht entstanden, den der EUD [hier](#) veröffentlicht hat.

Der EUD befragte die NAD zu den folgenden Kernthemen:

- Waren offizielle Informationen der Regierung für Gehörlose zugänglich während der Ausbruchphase der Pandemie?
- Welche neuen Herausforderungen ergaben sich durch die Pandemie?
- Welche Positiv- und Negativbeispiele ergaben sich dabei?
- Welche neuen Hindernisse entstanden für Gehörlose durch COVID-19?

Aus **Deutschland** ist zu berichten, dass viele Informationsangebote der Regierung – Pressekonferenzen des Bundespresseamtes und auch des Robert-Koch-Institutes – nach Protesten des Deutschen Gehörlosen-Bundes gleich zu Beginn im Laufe des Monats März online und auf dem Spartensender Phoenix mit Deutscher Gebärdensprache (DGS) und Untertiteln einzusehen waren. Das Bundeskanzleramt bot seit Mai Echtzeit-Verdolmetschungen seiner Pressekonferenzen in DGS teilweise im Fernsehen an, die im Internet seit März nur mit zeitlicher Verzögerung erstellt wurden. Grundsätzlich reagierte die Regierung schnell auf Kritik des DGB, dass zu wenig Dolmetscher/-innen und Untertitel eingeblendet wurden. Seit Beginn der Krise gab es einen riesigen Zuwachs an Informationsmaterial in Gebärdensprache mit Untertiteln. Der DGB begrüßt das sehr und will weiter dafür kämpfen, dass auch im regulären linearen Fernsehen Dolmetscher eingeblendet werden.

Ebenso konnten in den meisten Mitgliedsstaaten **Dolmetscher/-inneneinblendungen für Fernsehsendungen** durch die Pandemie durch Druck der NAD endlich durchgesetzt werden, teilweise wurden bestehende Budgets aufgestockt und mehr Dolmetscher/-innen eingestellt. Viele Länder berichten von schnellen Erfolgen bei der Umsetzung der Dolmetschereinblendungen im Fernsehen nach nur einer Woche. Generell wurde eine **verstärkte Sichtbarkeit** der Gebärdensprache beobachtet und als positiver Nebeneffekt begrüßt.

In Finnland wurde während einer Fernsehansprache erstmals eine Dolmetscher/-in neben dem Regierungsoberhaupt zugelassen. Einige Länder äußerten **Kritik an der Größe der Dolmetschereinblendung** im Fernsehen. Eine Studie der Universität Warschau ergab, dass die optimale Größe 1/8 des Fernsehbildschirms sei. In Litauen wurde erreicht, dass die neu eingeführten kostenlosen Dolmetschdienste auch nach der Krise gesichert sein werden. In den Niederlanden führte ein Protest mittels eines im Fernsehen hochgehaltenen Schildes („Wo sind meine Gebärdensprachdolmetscher/-innen?“) dazu, dass die Sender schnell Gebärdensprachdolmetschung einführten. Gleichzeitig gelangte eine Dolmetscherin zu Ruhm, was für Unmut in der Community sorgte. Insgesamt sah man auch hier ein gesteigertes Bewusstsein für Gebärdensprache in der Öffentlichkeit.

Gemeinsam hatten alle Mitgliedsstaaten die **Probleme, die durch den Mund-Nasen-Schutz (MNS) entstehen**. Sie wurden unterschiedlich gelöst, in den meisten Staaten wurde auf die Abstandsregelung bei MNS-Verzicht gesetzt, nur wenige Länder empfahlen den Einsatz transparenter MNS (sog. „Face Shields“). Im Vereinigten Königreich wurde eine Kampagne des Gehörlosenverbandes gestartet unter dem Motto „Don't mask the message“ (engl.: „Verstecke die Botschaft nicht“), um auf Kommunikationsschwierigkeiten aufmerksam zu machen.

Auf dem **Arbeitsmarkt** haben viele Gehörlose in fast allen Mitgliedsstaaten – wie auch Hörende – ihren Job verloren. Jedoch ist es für Gehörlose deutlich schwieriger, schnell eine neue bezahlte Beschäftigung zu finden. Aus Spanien wird berichtet, dass die Formulare für viele Gehörlose nicht in Gebärdensprache vorlägen und damit schwer zugänglich sind. Auch zugängliche Informationen über staatliche Unterstützungsmöglichkeiten sind rar. Viele Mitgliedsverbände zeigten sich besorgt darüber, welche Auswirkungen die **Arbeitslosigkeit und die generelle psychische Belastung** auf die Gehörlosen haben könnte. Das Thema **Gewalt gegen Frauen**, also „häusliche Gewalt“, ist ebenfalls präsent.

- Die **Schließungen der Gehörlosclubheime** stellen viele Gehörlose vor Probleme, da der Treffpunkt und damit eine Informationsquelle und Kommunikationsgelegenheit wegfällt. Teils konnte das durch Online-Angebote aufgefangen werden. Insbesondere die ältere Bevölkerung ist jedoch noch nicht mit der modernen Technik vertraut. In Irland wurden Smartphones mit Daten-Guthaben kostenlos an bedürftige Mitglieder verteilt. In einigen Ländern gerieten die Mitglieder in Zahlungsschwierigkeiten, weswegen die Beiträge gestundet bzw. ausgesetzt wurden.



Wo in **Krankenhäusern** Dolmetscher/-innen nicht von den Maskenregelungen ausgenommen werden konnten, wurden meist **Ferndolmetschdienste** eingesetzt.

Zu **Todesfällen** in der Community liegen nur lückenhafte Zahlen vor. Aus Ungarn wird berichtet, dass Gerüchten zufolge zwei Gehörlose gestorben seien. Ein norwegischer Gehörloser starb als Folge eines Österreich-Urlaubs an COVID-19. Im Vereinigten Königreich starben 14 Gehörlose während der Pandemie, acht davon nachweislich als Folge von COVID-19.

Bildbeschreibung: Screenshot der Zoom-Konferenz des EUD vom 27.05.2020, von links nach rechts und von oben nach unten: EUD (Markku Jokkinen), Schweiz, Slowakei, DGB (Helmut Vogel), Belgien (Flandern), Belgien (Wallonien), Irland, Portugal, Spanien, Vereinigtes Königreich, EUD (Daniel Büter), Frankreich

<https://www.eud.eu/news/report-eud-consultative-virtual-regional-meetings-national-associations-deaf-europe-context-covid-19-pandemic/>

Über den Bundesverband

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e.V. versteht sich als sozial- und gesundheitspolitische, kulturelle und berufliche Interessenvertretung der Gebärdensprachgemeinschaft, also der Gehörlosen und anderer Menschen mit Hörbehinderung, die sich in derzeit 26 Mitgliedsverbänden mit ca. 28.000 Mitgliedern, darunter 16 Landesverbänden und zehn bundesweiten Fachverbänden, zusammengeschlossen haben. Insgesamt zählen dazu mehr als 600 Vereine. Unser Ziel ist die kontinuierliche Verbesserung der Lebenssituation von Gehörlosen durch den Abbau von kommunikativen Barrieren und die Wahrung von Rechten, um eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

Pressekontakt

Wille Felix Zante

Referent für Presse und Öffentlichkeitsarbeit

E-Mail: w.zante@gehoerlosen-bund.de